

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbr d

Inhalt

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zur Unabhängigkeit des ehemaligen Rhodesiens: Zimbabwe geht seinen Weg trotz der Verunglimpfungen der deutschen Opposition.

Seite 1/2

Jürgen Linde MdB zum Bericht des Strauß/Scharnagel-Ausschusses: Kein Anlaß zur Polemik.

Seite 3/4

Klaus Warncke MdL enthüllt, wie Bayerns Ministerpräsident die Unwahrheit sagte: Tandler läßt Strauß im Regen stehen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 74

17. April 1980

Konsequenzen für Namibia

Zimbabwe geht seinen Weg trotz Verunglimpfungen der deutschen Opposition

Von Marie Schlei MdB
Vorsitzende des Arbeitskreises Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn Zimbabwe heute um Mitternacht ein unabhängiges Land wird, haben wir in einer Welt entsetzlichen Leides, ständigen Kampfes und immerwährender Sorge um den Frieden die Hoffnung, daß ein Beispiel erfolgreicher Friedensbemühungen Schule machen kann. Zimbabwe ist unabhängig geworden gegen mächtige Feinde im eigenen Land und in der Nachbarschaft, aber auch gegen den Willen wichtiger politischer Kräfte bei uns. Es ist unabhängig geworden, weil

- o die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien mutig die volle Verantwortung für den friedlichen Übergang zu einer demokratisch legitimierten Mehrheitsherrschaft in einem unabhängigen Zimbabwe übernommen hat,
- o die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe eine bewunderungswürdige Kompromißbereitschaft gezeigt und sich vorbehaltlos zur Demokratie bekannt haben,
- o die Frontstaaten in südlichen Afrika unter großen Opfern und in staatsmännischer Weitsicht den friedlichen Wandel unterstützt haben.

Die weiße Minderheit und ihre Freunde - auch in der Bundesrepublik Deutschland - haben die Befreiungsbewegungen als die Werkzeuge Moskaus verunglimpft und sie als Terroristen und Mörderbanden diffamiert - nicht einmal die Flüchtlinge auslassend, die ohne materielle Sicherheit in Länder geflohen sind, die kaum ihre eigenen Völker ernähren können, geschweige denn Zehntausende Entwurzelte aus Zimbabwe. Sie haben den Versuch zur demokratischen Meinungsbildung



nach Kräften behindert. Sie haben geglaubt, mit einer schein-demokratischen "internen Lösung" dem Volk von Zimbabwe und der Welt Sand in die Augen streuen zu können.

Das Volk von Zimbabwe hat eine klare Entscheidung getroffen. Es hat den Sieger der "internen Lösung" abgewählt und für den Vorsitzenden der ZANU (PF), Robert Mugabe, gestimmt, weil seine Organisation die Hauptlast im Befreiungskampf gegen die weiße Minderheit getragen hat.

Robert Mugabe zeigt sich als großmütiger Sieger und besonnener Politiker. Er bezieht seinen Mitkämpfer Joshua Nkomo in den politischen Prozeß mit ein. Er will keine Rache an den früheren Unterdrückern. Er weiß, daß für die Weißen Zimbabwe ebenso eine Heimat ist wie für die Schwarzen, und er weiß auch, daß er die weißen Führungskräfte in Verwaltung, Industrie und Handel braucht, deren Positionen den Schwarzen bislang stets verschlossen waren.

Bundesaußenminister Genscher, der die Bundesregierung bei den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten vertritt, wird die Gelegenheit zur ersten Kontaktaufnahme mit der neuen Regierung von Zimbabwe nutzen. Dies ist dringend erforderlich angesichts der Konsequenzen, die sich aus der veränderten Lage ergeben:

- o Wir brauchen rasch diplomatische Beziehungen mit Zimbabwe;
- o wir müssen unsere Mithilfe beim Wiederaufbau des Landes und bei der Wiedereingliederung von Flüchtlingen und zwangsweisen Umgesiedelten anbieten;
- o wir werden der neuen Regierung das Tor zum Abkommen von Lomé öffnen.

Der Erfolg in Zimbabwe wird aber auch Konsequenzen für Namibia haben, dessen Unabhängigkeit so rasch wie möglich erreicht werden muß. Bei gutem Willen aller Beteiligten halte ich eine Vereinbarung hierüber noch in diesem Jahr für möglich. Dazu gehört allerdings, daß jemand genau so entschlossen die Verantwortung für den Übergang in die Eigenstaatlichkeit Namibias übernimmt wie Großbritannien dies im Falle Zimbabwe getan hat. Bei aller Würdigung unserer eigenen besonderen Beziehungen zu Namibia käme die Bundesrepublik Deutschland hierfür kaum in Betracht, wohl aber die Vereinten Nationen als Ganzes: Sie sollten in die Lage versetzt werden, sobald wie möglich den süd-afrikanischen Generaladministrator abzulösen und in freien, international überwachten Wahlen feststellen zu lassen, welche Zukunft sich das Volk Namibias wünscht.

Nur so ist eine friedliche Zukunft für das ganze südliche Afrika zu erwarten.

(-/17.4.1980/ks/oa)

+ + +



Kein Anlaß zur Polemik

Zur morgigen Debatte über den Bericht des Strauß/Scharnagl-Ausschusses

Von Dr. Jürgen Linde MdB

Berichterstatte im 1. Untersuchungsausschuß

Am 26. Januar 1978 hat der Deutsche Bundestag den ersten und einzigen Untersuchungsausschuß seiner 8. Wahlperiode eingesetzt; am 18. April 1980 wird er endlich über dessen Erkenntnisse und Ergebnisse debattieren können. Fast zweieinviertel Jahre und 52 Sitzungen waren erforderlich, bis ein Ausschlußbericht zustandekam, an dem das politisch Spektakulärste die Tatsache ist, daß die CDU/CSU als Minderheit sich zu einem vollständigen "Gegenbericht" veranlaßt sah, der um ein Drittel länger ist als das, was der gesamte Ausschuß als solcher zu Papier gebracht hat.

Nach so langer Zeit müssen - schon damit kein falscher Eindruck entsteht - ursprünglicher Anlaß und Auftrag dieses Untersuchungsverfahrens noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden: Ende Dezember 1977 ging einem Journalisten der Bonner Redaktion der "Süddeutschen Zeitung" anonym die Niederschrift eines Telefongesprächs zwischen zwei Personen zu, in denen unschwer Franz Josef Strauß und Wilfried Scharnagl zu erkennen waren. Auch der Zeitpunkt des Gesprächs ließ sich an Hand des Inhalts ohne Schwierigkeit bestimmen: Hier gab der Vorsitzende der CSU dem Chefredakteur des von ihm herausgegebenen "Bayern-Kurier", garniert mit Ausfällen gegen alles und jeden, Anweisungen für den Leitartikel der letzten Ausgabe vor der Bundestagswahl 1976. Und natürlich standen im Mittelpunkt von Telefonat und daraufhin verfaßtem Leitartikel die damals gerade aktuelle weltweite Lockheed-Affäre und die Verdachtsmomente, die gegen eine deutsche politische Partei laut geworden war.

Aber nicht dieses Gesprächsthema oder auch nur die Passage darin, in der von Papieren die Rede war, die jetzt "gelüftet" worden seien, interessierte die Redaktion der "Süddeutschen Zeitung"; sie wurde allein durch das Äußere des ihr zugespielten Papiers elektrisiert, das mit Stempel und Aufdrucken wie das Protokoll einer amtlichen Abhörmaßnahme nach dem Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses aufgemacht war. Die Recherchen in Bonn und München konzentrierten sich dann auch darauf, die Echtheit und damit zugleich den Verfasser der Niederschrift zu ermitteln, weil der Verdacht, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein bedeutender Oppositionspolitiker etwa von einem regierungsamtlichen Nachrichtendienst abgehört worden sein könnte, die eigentliche Sensation enthalten hätte. Mit diesem Ziel wurde deshalb bei den Diensten selbst wie im Bundeskanzleramt und bei den Betroffenen nachgeforscht. Und als die "Süddeutsche Zeitung" sich entschloß, am 14. Januar 1978 über das ihr vorliegende Papier zu berichten, bildete das Ergebnis dieser Recherchen den Schwerpunkt der Darstellung.

Für die CDU/CSU stand zu dieser Zeit von keinem Zweifel geplagt fest, daß hier tatsächlich die Bundesregierung die Hand im Spiel gehabt haben müßte. Und da es sich so anbot, wurde flugs der MAD, der gerade durch eine Reihe von Lauschaktionen ins Gerede kam, der willfährigen Ausführung beschuldigt. Mehr als der Abhörvorgang selbst beschäftigte vor allem Franz Josef Strauß aber der Wortlaut jener Passage, in der der Name Lockheed nicht einmal ausgeschrieben auftaucht und die von ihm sofort als gefälscht bezeichnet wurde. Von da aus war der Blick zurück auf die Vorgänge und Vorwürfe im Wahlkampf 1976 nicht weit. Der Auftrag an den prompt geforderten und ebenso



prompt eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuß gliederte sich dann auch in drei Komplexe: Der erste beschäftigt sich mit den vermeintlichen und vermuteten Tätern des Abhörvorganges sowie deren Motiven, im zweiten wird der Bogen zur Lockheed-Affäre geschlagen, und im dritten wird nach Lauschaktionen der Dienste gefragt, über die die Presse zu berichten mußte.

Zu keinem dieser drei Komplexe haben die Untersuchungen des Ausschusses Ergebnisse gehabt, die sich politisch-polemisch ausschlichten lassen. Daß zumindest dieses eine Telefongespräch von Strauß heimlich abgehört und aufgeschrieben worden ist, steht nach den Aussagen der Betroffenen außer Zweifel. Wo und wie das geschah, konnte der Untersuchungsausschuß jedoch ebenso wenig herausfinden wie vor ihm die Staatsanwaltschaft, das Landeskriminalamt, die Fahnder der Deutschen Bundespost oder die unabhängige Untersuchungskommission unter Staatssekretär a.D. Professor Ernst. Er hat sich aber im Laufe seiner Ermittlungen ein eigenes Bild von der Empfindlichkeit und Gefährdung gerade des öffentlichen Fernsprechnetzes gegen illegale Eingriffe verschaffen können und leitet daraus konkrete Vorschläge und Forderungen ab, bei denen es keinen Dissens zwischen Koalition und Opposition gibt.

Ebenso einmütig ist die Feststellung, daß es keine Nachweise dafür gibt, daß Nachrichtendienste des Bundes hier legal oder illegal tätig geworden sein könnten. Kein Unterschied in der Sache findet sich aber auch bei der Beurteilung der überprüften Lauschmitteleinsätze des MAD, dessen Aktionsfeld die Abgeordneten von SPD und FDP lediglich eher enger fassen wollen, während die CDU/CSU die Befugnisse und damit die Gefahr einer exzessiven Inanspruchnahme in einem besonderen Gesetz festschreiben will, wie sie auch einen formalisierten Weg zur Durchbrechung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung zumindest erwägt. Der eigentliche Unterschied liegt damit bei der Bewertung der Lockheedvorgänge des Jahres 1976 und ihrer Auswirkungen auf den Bundestagswahlkampf und dessen Wahlergebnis. Hier weist der Ausschußbericht minutiös nach, wie behutsam und zugleich hartnäckig vor dem Hintergrund der Skandale in Japan, Italien und Holland die Bundesregierung sich um die Überlassung der in den USA sichergestellten Lockheed-Unterlagen bemühte und wie sorgfältig diese schließlich ausgewertet wurden. Dagegen strickt die Opposition verbissen an der Legende weiter, damals sei eine stärker ihr zuneigende Wählerschaft mit Hilfe einer gezielten Verleumdungskampagne gegen den CSU-Vorsitzenden getäuscht und in ihrer Wahlentscheidung irregeleitet worden. Schon vor zwei Jahren war ein solches nachträgliches Recht-haben-wollen allenfalls menschlich verständlich, politisch jedoch sinnlos. Im Wahljahr 1980 mit wirklich wichtigeren Fragestellungen und Problemen sollte es eigentlich keinen Anlaß für Polemik mehr abgeben. Hoffen wir auf die Einsichtsfähigkeit der CDU/CSU.

(-/17.4.1980/ks/ca)

+ + +



Tandler läßt Strauß im Regen stehen

Der Ministerpräsident beliebte, die Unwahrheit zu sagen

Von Klaus Warncke

Mitglied des Bayerischen Landtages

Eine peinliche Abfuhr hat das bayerische Innenministerium dem Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zuteil werden lassen müssen, der wieder einmal den Mund zu voll genommen hatte. Zugleich ist der Versuch des Ministerpräsidenten gescheitert, neonazistische Vorfälle zu bagatellisieren und auch noch den DDR-Machthabern ans Bein zu schmierern.

In einem Interview mit dem "Deutschlandmagazin" (Nr. 8/79) hatte Strauß behauptet, die Hakenkreuzschmierereien in der Bundesrepublik würden von kommunistischen Geheimdiensten veranlaßt und kommunistische Geheimdienste hätten rechtsextremistische Mini-Organisationen gegründet. Strauß wörtlich: "Auch das ist bis in die letzten Einzelheiten bewiesen..."

Mit einer Schriftlichen Anfrage vom 11. Dezember 1979 wurde daraufhin die bayerische Staatsregierung mit der Bitte um nähere Auskunft ersucht, welche rechtsextremistischen Mini-Organisationen von DKP und SED gegründet worden seien und welches die unwiderlegbaren Beweise dafür seien, daß neonazistische Schmierereien von Kommunisten vorgetäuscht würden.

Über drei Monate brauchte das bayerische Innenministerium, um auf zwei Schreibmaschinenseiten den Ministerpräsidenten als Maulhelden darzustellen. In der Antwort hieß es wörtlich: "Nach Auskunft der bayerischen Staatskanzlei wollte der Herr Ministerpräsident bei seinem Gespräch mit dem "Deutschlandmagazin" ... sagen, daß aufgrund der Erkenntnisse zu den Vorgängen von 1959/60 der Verdacht veranlaßt sei, Ostorganisationen stünden auch hinter den antisemitischen Ausschreitungen der jüngsten Zeit."

Irgendwelche konkreten Anhaltspunkte, geschweige denn Beweise konnte das Innenministerium zur Stützung der Worte des Herrn Ministerpräsidenten allerdings nicht finden.

Dies ist in doppelter Hinsicht peinlich für Strauß: Zum einen ist erwiesen, daß er in dem Deutschlandmagazin-Interview objektiv die Unwahrheit gesagt hat; und zum zweiten besonders peinlich deshalb, weil er mit objektiv unwahren Angaben versucht hat, den Neonazismus zu bagatellisieren und die geneigten Leser des "Deutschlandmagazins" (wieder einmal) auf die linksextreme Spur zu locken. (-/17.4.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

